

Medieninformation

097 / 2020
Sächsisches Staatsministerium des Innern

Ihr Ansprechpartner
Silvaine Reiche

Durchwahl
Telefon +49 351 564-30410
Telefax +49 351 564-30409

presse@smi.sachsen.de

Dresden, 3. November 2020

Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2019 vorgestellt

Wöllner: „So viele Rechtsextremisten wie seit 1993 nicht mehr“ / „Leipzig bleibt bundesweiter Brennpunkt linksextremistischer Gewalt“ / „Abstrakt hohe Gefahr islamistischer Anschläge auch im Freistaat“

Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner und der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen, Dirk-Martin Christian, haben heute den sächsischen Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2019 vorgestellt.

Dieser informiert über die verfassungsfeindlichen Entwicklungen in den Phänomenbereichen Rechts- und Linksextremismus, Reichsbürger und Selbstverwalter, Islamismus, sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug sowie über Spionageaktivitäten. Mit regionalen Lagebildern wird die Situation in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten des Freistaates beschrieben und analysiert. Außerdem gibt der Verfassungsschutzbericht Ausblicke und Prognosen zur weiteren Entwicklung in den kommenden Jahren.

„Der Rechtsextremismus im Freistaat Sachsen bleibt schon allein wegen der Entwicklung seines Personenpotenzials im Jahr 2019 die größte Bedrohung und der Phänomenbereich, den unsere Verfassungsschützer am stärksten im Fokus haben. Mit 3.400 Personen verzeichneten wir im Jahr 2019 eine Steigerung um 600 Personen und damit so viele Rechtsextremisten wie seit 1993 nicht mehr. Damals waren es exakt genauso viele. Wurden im Jahr 2018 noch 1.500 gewaltorientierte Rechtsextremisten verzeichnet, stieg deren Anzahl im Berichtsjahr 2019 auf 2.000 Personen an. Sie gehörten im Berichtsjahr nicht mehr zwingend festen Strukturen an, sondern zählen größtenteils zum unstrukturierten, subkulturell geprägten Spektrum. Darüber hinaus versuchen Rechtsextremisten nach wie vor, beispielsweise auch bei Versammlungen in die gesellschaftliche Mitte hineinzuwirken, sagte Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner heute in Dresden bei der Vorstellung des Berichts.

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
des Innern
Wilhelm-Buck-Straße 2-4
01097 Dresden

www.sachsen.de

„Diese Rechtsextremisten eint eine hohe Dynamik und Mobilisierungskraft nicht nur bei szenetypischen Veranstaltungen wie Konzerten, Festivals, Kampfsportevents sowie bei Versammlungen und Fußballspielen, sondern auch in den Sozialen Medien. Insbesondere junge Szene-Akteure knüpfen dort Kontakt zu ebenfalls jungen, politisch mitunter noch nicht gefestigten

Menschen. Hass und Hetze brechen sich vor allem auch dort Bahn, Hemmschwellen sinken. In den Sozialen Medien heizt man sich untereinander an. Und genau dort bildet sich ein ernstzunehmender Nährboden, aus welchem Radikalisierungsprozesse und schließlich gefährliche Straftaten erwachsen können“, sagte LfV-Präsident Dirk-Martin Christian.

Aber auch im Bereich des Linksextremismus kann keine Entwarnung gegeben werden. „Ganz im Gegenteil: Das Personenpotenzial bleibt zwar relativ konstant, wird gleichzeitig aber in Bezug auf die Anwendung von Gewalt durch Autonome immer mehr enthemmt. Richtete diese sich bislang vorrangig gegen Sachen, werden bei Versammlungen oder Aktionen im Verborgenen inzwischen auch Personenschäden billigend in Kauf genommen. Leipzig ist eine bundesweite Schwerpunktregion der autonomen Szene und bleibt ein Brennpunkt linksextremistischer Gewalt. Damit ist die Messestadt im negativen Sinne weiterhin eine Hochburg, die Rechtsstaat, Demokratie und Gesellschaft ebenso wenig hinnehmen dürfen wie rechtsextremistische Aktivitäten und Gewalt“, sagte Wöller.

„Insbesondere die autonome Szene im Leipziger Stadtteil Connewitz beansprucht den ‚Kiez‘ für sich, will dort eine rechtsfreie Zone. ‚Eindringlinge‘ werden zum entmenslichten Feind erklärt, der mit Gewalt vertrieben werden muss. Als Feinde gelten Polizisten ebenso wie beispielsweise Vertreter von Immobilienfirmen“, sagte Christian.

„Angesichts dieser besorgniserregenden und für unsere Demokratie gefährlichen Entwicklungen in den Bereichen Rechts- und Linksextremismus sowie einer weiterhin abstrakt hohen Gefahr von islamistischen Anschlägen in Deutschland und damit auch bei uns im Freistaat Sachsen kommt dem Landesamt für Verfassungsschutz als unserem Frühwarnsystem eine wichtige und zentrale Bedeutung zu. Das frühzeitige Erkennen von extremistischen Netzwerken in der realen und virtuellen Welt als Grundlage und Voraussetzung für den Kampf gegen Extremismus durch die Zivilgesellschaft wird immer wichtiger“, sagte Wöller.

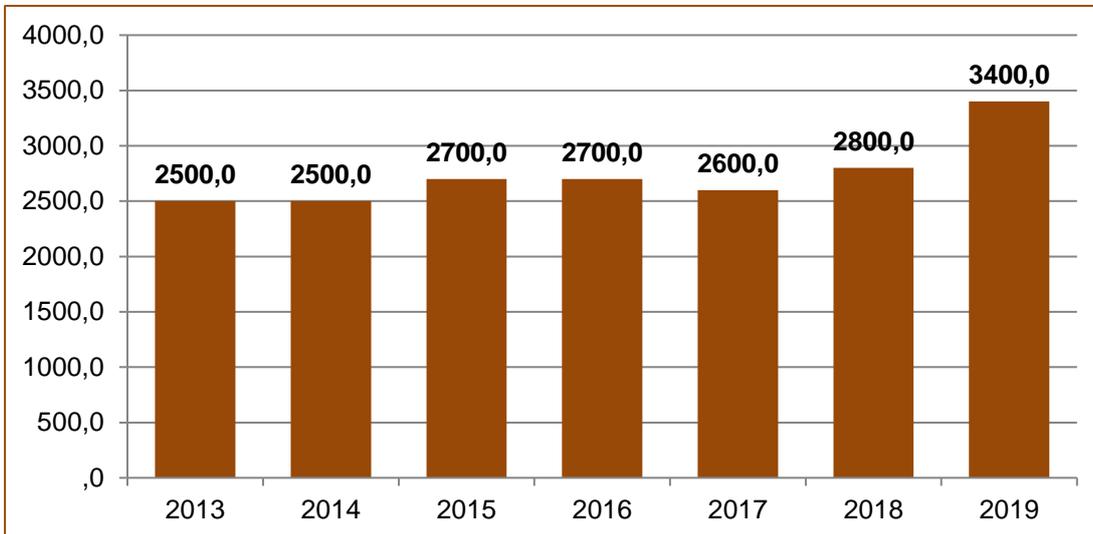
Den vollständigen Verfassungsschutzbericht finden Sie zum Download im Internet unter: www.verfassungsschutz.sachsen.de

Rechtsextremismus

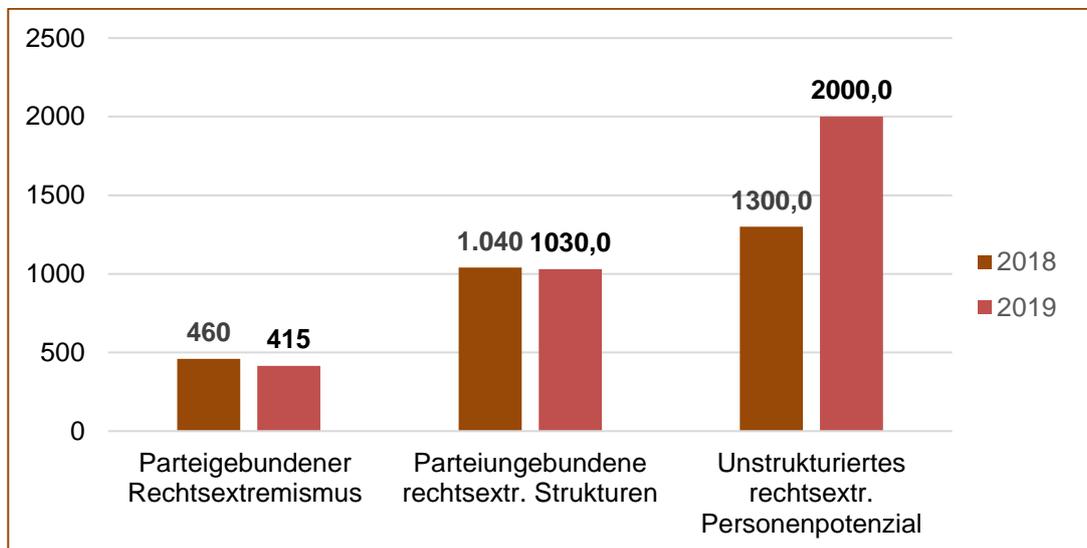
1. Entwicklungen

Das rechtsextremistische Personenpotenzial stieg im Jahr 2019 zum wiederholten Male stark an (3.400 Personen; 2018: 2.800). Hintergrund dieser Entwicklung sind vor allem die gestiegene Anschlussfähigkeit der Szene, die Reaktivierung länger inaktiver Szeneteile sowie die Großveranstaltungen der vergangenen Jahre. Der Anstieg verteilte sich über alle Landkreise des Freistaates Sachsen. Die Szene bleibt damit überall in Sachsen präsent.

Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen (Bund 2019: 32.080 Personen)



Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen nach Organisationsgrad



Rechtsextremistische Parteien

Die **NPD** hat im Berichtsjahr an Bedeutung verloren. Ihre Mitgliederzahlen sanken erneut (2019: 250 Mitglieder; 2018: 300). Grund war das Erstarken neuer bzw. anderer rechtsextremistischer Akteure. Nach den Kommunalwahlen reduzierte sich die Präsenz der NPD von ehemals 62 auf nur noch 16 Kommunalmandate. Bei der Landtagswahl lag sie mit 0,6 Prozent der Stimmen unter der Hürde der Wahlkampfkostenrückerstattung.

Das Mitgliederpotenzial der Partei **DER DRITTE WEG** stieg nach Jahren des hohen Zuwachses nur noch geringfügig an (ca. 130 Personen; 2018: ca. 125). Dennoch ist sie weiterhin die aktivste rechtsextremistische Parteistruktur in Sachsen. Mittels sozialer Aktivitäten und unter Rückgriff auf die Asylthematik gibt sie sich als „Kümmerer“ und strebt den Anschluss an bürgerliche Kreise an.

Parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen

Dieser Kategorie werden sämtliche Gruppierungen zugeordnet, bei denen es sich nicht um Parteien handelt (ca. 1.030 Personen; 2018: 1.050). Sie umfasst alle neonational-sozialistischen sowie subkulturell¹ geprägten rechtsextremistischen Strukturen.

Zwar sank das Personenpotenzial der **NEONATIONALSOZIALISTEN** auf 610 Personen (2018: 700), dennoch verfügt diese Szene über eine hohe Mobilisierungskraft in Bezug auf andere Szeneteile oder sogar Nichtextremisten.

Den **SUBKULTURELL GEPRÄGTEN STRUKTUREN** gehörten im Berichtsjahr 320 Rechtsextremisten an (2018: 300).

Bei der **IDENTITÄREN BEWEGUNG**² blieb das Personenpotenzial konstant (40 Personen). Ihre Aktivitäten erreichten wegen der Löschung verschiedener Online-Präsenzen nicht die mediale Aufmerksamkeit vergangener Jahre.

PRO CHEMNITZ (2019: ca. 15 Mitglieder) führte im Nachgang zu dem durch einen Migranten im August 2018 begangenen Tötungsdelikt in Chemnitz zahlreiche rechtsextremistische Aktivitäten - insbesondere asylfeindliche Demonstrationen – durch. An diesen beteiligten sich auch Nichtextremisten. Die beiden Hauptakteure der Wählervereinigung sind als langjährige Rechtsextremisten bekannt.

¹ SUBKULTURELL GEPRÄGTE RECHTSEXTREMISTISCHE GRUPPIERUNGEN entstehen vor allem durch den Besuch extremistischer Szeneveranstaltungen, bei denen der Freizeitcharakter im Vordergrund steht. Eine strategisch ausgerichtete ideologisch-politische Arbeit wird nicht betrieben. Charakteristisch sind Gewaltbereitschaft, Kurzschlussreaktionen und impulsgesteuertes Handeln.

² Im Zentrum der Ideologie der IDENTITÄREN BEWEGUNG steht die Vorstellung einer „ethnokulturellen Identität“ der europäischen Völker, die durch eine Masseneinwanderung kulturfremder Einwanderer bedroht sei.

Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial³

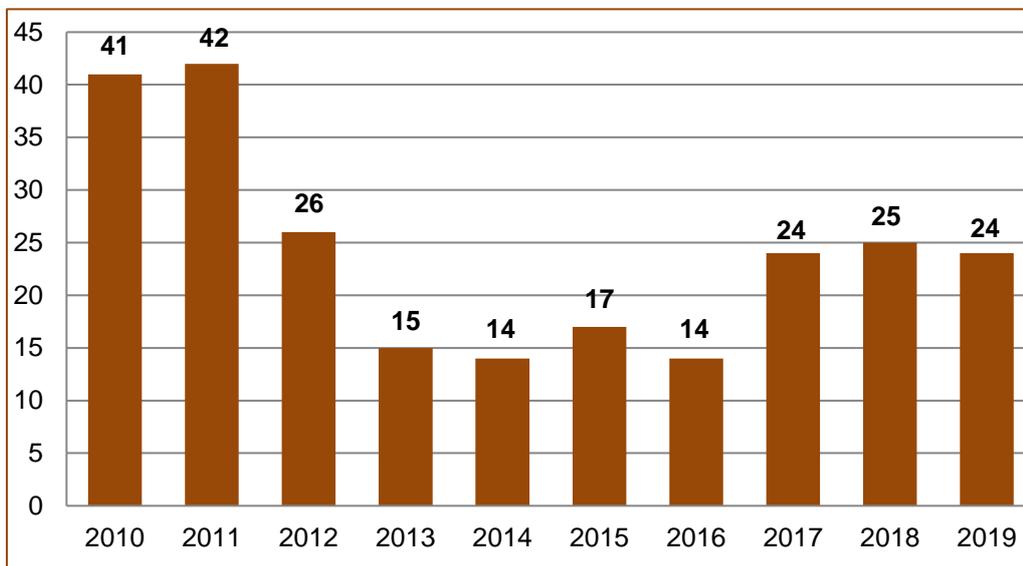
Diesem Bereich entstammt der mit Abstand größte Teil der rechtsextremistischen Szene in Sachsen (2019: 2.000 Personen; 2018: 1.300). Die Personen eint eine hohe Mobilisierungskraft vor allem im Zusammenhang mit überregionalen Musik-, Kampfsport- oder sonstigen Szeneveranstaltungen. Da sie eher erlebnisorientiert agieren, tragen sie ihre Gesinnung in verschiedenste gesellschaftliche Bereiche, z. B. in Vereine oder Volksfeste. Auch Hasspostings in den sozialen Medien gehen zum Großteil auf sie zurück.

Rechtsextremistische Musikszene

Die Musik sowie die Szene-Konzerte sind unverändert ein wichtiges Kommunikationsmittel und liefern eine identitätsstiftende Basis der rechtsextremistischen Szene. Gemeinsame Konzertbesuche stärken das Gemeinschaftsgefühl und tragen dazu bei, dass Kontakte zwischen den verschiedenen regionalen Szenen geknüpft und aufrechterhalten werden. Nicht zuletzt spielen kommerzielle Gesichtspunkte bei der Veranstaltung von Konzerten und vor allem bei den Szene-Vertrieben eine nicht zu unterschätzende Rolle. So war die rechtsextremistische Musikszene auch im Berichtsjahr im Freistaat Sachsen sehr aktiv. Insgesamt 24 Konzertveranstaltungen, 22 Liederabende und 27 Veranstaltungen mit Musikbegleitung wurden bekannt. Verzeichneten diese Veranstaltungen im Jahr 2018 noch durchschnittlich 260 Teilnehmer, sank diese Zahl im vergangenen Jahr auf 200 Personen.

³ Dabei handelt es sich mehrheitlich um Personen, die als Straftäter oder als Teilnehmer rechtsextremistischer Szeneveranstaltungen, vor allem bei Konzerten oder als Teil der Fußballszene in Erscheinung treten, jedoch nicht in festen Strukturen organisiert sind.

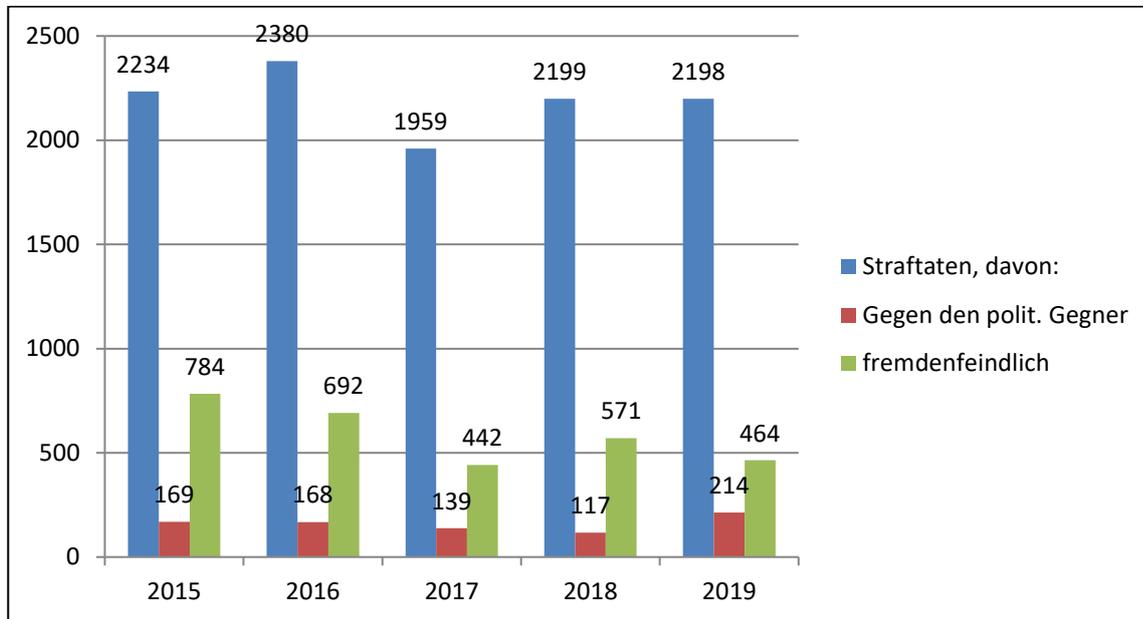
Durchgeführte rechtsextremistische Konzerte in Sachsen

Politisch motivierte Kriminalität – Rechts

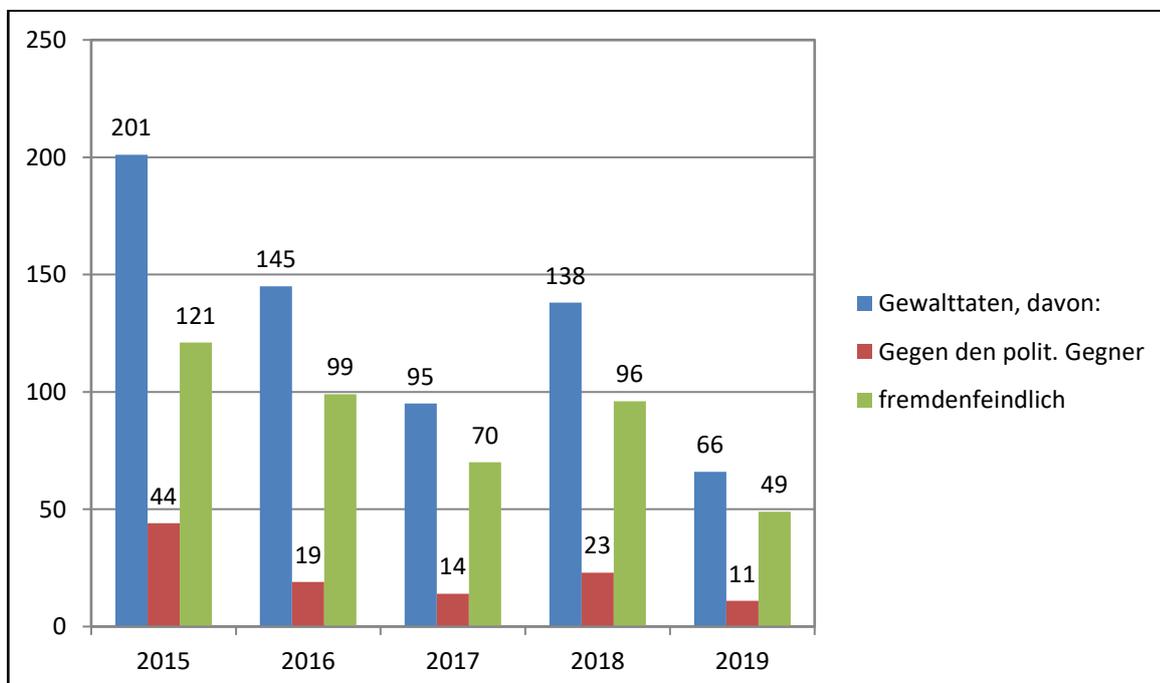
Die Gesamtzahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund stagniert zwar auf dem Niveau des Vorjahres (2.198), dennoch gab es starke Verschiebungen: Wegen der nachlassenden Asylthematik gingen die fremdenfeindlichen Straftaten fast um ein Fünftel zurück (2019: 464; 2018: 571). Dafür stieg der Anteil der gegen den politischen Gegner gerichteten Straftaten um ca. 80 Prozent auf über 200 Fälle und damit auf den Höchststand der vergangenen Jahre. Hintergrund ist, dass sich zivilgesellschaftliche Akteure zunehmend aktiv gegen rechtsextremistische Veranstaltungen vor ihrer „Haustür“ wehren, so dass sich die rechtsextremistische Szene wiederum im Verteidigungsmodus wähnt. Die Zahl der Gewalttaten war dennoch insgesamt rückläufig (66), so dass im Jahr 2019 wieder das Ausgangsniveau von vor Beginn der Asylthematik im Jahr 2014 erreicht wurde.

Wurden im Jahr 2018 noch 1.500 gewaltorientierte Rechtsextremisten verzeichnet, stieg deren Anzahl im Berichtsjahr 2019 auf 2.000 Personen an.

Rechtsextremistische Straftaten insgesamt



Rechtsextremistische Gewalttaten⁴ als Teilmenge der Straftaten



⁴ Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist die Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität (PMK), die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst u.a. Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch und Widerstandsdelikte; siehe hierzu auch unter www.bka.de (Stand: 7. August 2020)

2. Entwicklungstendenzen

Auch in Zukunft wird den Verfassungsschutz die besorgniserregende Entwicklung beschäftigen, dass Rechtsextremisten auf subtile Art und Weise versuchen, in die bürgerliche Mitte „einzusickern“. Hierfür nutzen sie gesellschaftliche Stimmungen infolge politischer Gegebenheiten (z. B. das Thema Asyl) für „ihre Sache“ aus, schüren Ängste vor zunehmender Kriminalität und sozialer Ungerechtigkeit. In solchen Situationen treten sie als Kümmerer bzw. Volksverstehrer auf und vermitteln Teilen der Gesellschaft so, von „denen da oben“ im Stich gelassen worden zu sein. Auf diese Weise wird es der rechtsextremistischen Szene auch weiterhin gelingen, Anschluss an bisher nichtextremistische Kreise zu finden und auch dort ihre menschenverachtenden Überzeugungen zu verbreiten.

Ergänzt wird diese Entwicklung durch die sich im Rechtsextremismus neonationalsozialistischer Prägung weiterhin vollziehenden Radikalisierungsprozesse. In der Erwartung einer in Kürze zusammenbrechenden staatlichen Ordnung infolge eines Bürgerkrieges („Tag X“) treffen sich strukturierte wie unstrukturierte Rechtsextremisten mit extremistischen Preppern⁵, Reichsbürgern und Verschwörungstheoretikern. Diese Vermischung der unterschiedlichsten rechtsextremistischen Szenen und ihre teils erfolgreiche Einflussnahme auf die Gesellschaft stärkt das Selbstbewusstsein von Rechtsextremisten und bewirkt deren zunehmende Mobilisierung in der virtuellen und realen Welt. Es ist demzufolge auch für den Freistaat Sachsen nicht auszuschließen, dass diese Entwicklung jederzeit in schwere bis schwerste Straf- und Gewalttaten gegen Menschen und staatliche oder religiöse Einrichtungen münden kann.

Die rechtsextremistische Szene konnte in den vergangenen Jahren zwar ihr Personenpotenzial steigern, es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich dieser Trend aufgrund der aktuellen coronabedingten Beschränkungen von Veranstaltungen und Konzerten entwickeln wird. Diese gemeinsamen Freizeiterlebnisse dienen nicht zuletzt auch der Anwerbung neuer Szene-Anhänger.

Im Berichtsjahr konnte sich die rechtsextremistische Szene im Freistaat Sachsen wegen ihrer starken und nicht nachlassenden Mobilisierungs- und Aktionsbasis ein zunehmend größeres Umfeld erschließen, auf das auch gewaltbereite Gruppen zurückgreifen können. Vieles vollzieht sich in hasserfüllten Chatgruppen, was Radikalisierungsprozesse „im stillen Kämmerlein“ begünstigt und Gegenreaktionen erschwert.

Das strukturell wahrnehmbare Bild des Rechtsextremismus in Sachsen bietet dabei nur scheinbar Anlass zur Beruhigung. Organisatorisch sind viele nach außen hin offen wahrnehmbare rechtsextremistische Strukturen tatsächlich in einer schwierigen Lage. Die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) befindet sich in einem stetigen Verfall. Auch die JUNGEN NATIONALISTEN

⁵ Der Begriff Prepper (engl.: to be prepared – vorbereitet sein) bezeichnet Personen, die sich mittels individueller Maßnahmen auf den Eintritt einer Katastrophe vorbereiten, z. B. durch Einlagerung von Lebensmittelvorräten, das Vorhalten von Schutzkleidung oder die Errichtung von Schutzbauten.

werden kaum mehr zu „Höhenflügen“, wie noch 2014, ansetzen können. Teile des dort bisher gebundenen rechtsextremistischen Personenpotenzials werden sich daher auch in Zukunft verstärkt der subkulturellen bzw. der unstrukturierten rechtsextremistischen Szene zuwenden. Auch im Zuge dieser Umorientierung sind Radikalisierungsprozesse nicht auszuschließen. So sind mehrere Hundert NPD- und JN-Mitglieder tief in der neonationalsozialistischen Weltanschauung verwurzelt und dürften nun nach neuen Wegen suchen, diese auch auszuleben.

Ebenfalls an einem Scheideweg befindet sich die Partei DER DRITTE WEG. Die Expansion nach Dresden und Ostsachsen wird sich nur bedingt fortsetzen lassen. Interne Differenzen bremsen ebenfalls den weiteren Ausbau der Partei, so dass vor allem mit einer Zunahme von Aktivitäten in den schon etablierten Strukturen in Plauen (Vogtlandkreis), Zwickau, Chemnitz, Mittelsachsen und Leipzig zu rechnen ist. Die Partei zielt auf die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas, das die Ausgrenzung von ihr unerwünschter Menschen und damit auch Übergriffe gegen diese begünstigt. Vor allem regelmäßige, möglichst provokante Demonstrationen und Kundgebungen werden daher für die Partei DER DRITTE WEG charakteristisch bleiben.

Die NEONATIONALSOZIALISTEN werden demgegenüber organisatorisch weiter in Netzwerke, Kampagnen und die Szene zusammenführende Veranstaltungen abwandern. Überregionale Netzwerke von muslimen- und fremdenfeindlichen Rechtsextremisten dürften sich weiterhin über ihre Zusammenarbeit festigen, befinden sich im Übrigen aber in Lauerstellung. Sollte sich eine für sie günstige Ereigniskonstellation – etwa durch die Begehung von Straftaten mit Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund – ergeben, werden sie auch in Zukunft eine hohe Dynamik entfalten.

Die „Rückbesinnung“ auf den historischen Nationalsozialismus ist in der neonationalsozialistischen Szene nach wie vor akut. Man träumt vom „Vierten Reich“ und hält die Anwendung von Gewalt zur Umsetzung dieses Ziels für notwendig und legitim. Gleichzeitig arbeitet aber auch diese Szene weiter an der Verbesserung ihrer Anschlussfähigkeit, wie sich etwa bei PRO CHEMNITZ zeigt. Die Szene wird daher die anlassbezogene Zusammenarbeit mit der „Neuen Rechten“ oder verschiedenen sozialen Bewegungen für sich nicht grundsätzlich ausschließen. Hierdurch könnte die Hinwendung „neurechter“ Akteure zu klassisch neonationalsozialistischen Positionen begünstigt werden (positive Sicht auf die Zeit des sog. „Dritten Reiches“, Ablehnung des sog. „Schuld Kults“ etc.).

In einer zweideutigen Situation befindet sich auch die IDENTITÄRE BEWEGUNG. Sie wird ihr zuletzt gesunkenes Aktionsniveau auch künftig nicht weiter steigern können, da ihre Accounts in den reichweitenstarken sozialen Medien (Facebook, YouTube und Twitter) gesperrt wurden. Trotzdem ist davon auszugehen, dass sie anlassbezogen weiterhin Aktionen von hohem Symbolwert und mit beträchtlicher Außenwirkung durchführt. Gleichzeitig wird sie weiter versuchen, sich neue Handlungsfelder zwecks Steigerung des Aktionsniveaus und Erweiterung ihrer Anhängerschaft zu erschließen.

Auch die rechtsextremistische erlebnisorientierte „Freizeitszene“ wird sich weiter vergrößern. Hier sind vor allem SUBKULTURELL GEPRÄGTE

RECHTSEXTREMISTEN aktiv und werden weiterhin zahlreiche Konzerte, (Kampf-)Sportveranstaltungen o. Ä. veranstalten, um die rechtsextremistische Szene zusammenzuhalten. Ihre Vertriebsstrukturen, wie PC RECORDS, sorgen für die nötigen Umsätze, um die Szene auch finanziell zu unterhalten. Auch hier differenziert sich das Feld jedoch aus: Der Trend tendiert einerseits zu großen Unternehmen, andererseits aber auch zu vielen Kleinst- und Gelegenheitsunternehmern im Online-Bereich. Diese suchen nach finanziellen Einnahmemöglichkeiten sowie nach neuen Möglichkeiten zur Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda.

Auf der anderen Seite ist es diese Szene, die aufgrund ihrer auf Freizeit und Vergnügen ausgerichteten Grundhaltung im Alltag immer wieder auf Volks-, Dorf- und anderen Festen in Erscheinung tritt und dort versucht, ihren rechtsextremistischen Ansichten „Normalität“ zu verleihen. So können sich Konflikte zwischen Rechtsextremisten und der Zivilgesellschaft „aufladen“. Beim Zusammentreffen von rechtsextremistischen Gruppierungen mit Personen, die zu ihren Feindbildern zählen, kann Gewalt auf verbale Entgleisungen folgen.

Ebenso wird die rechtsextremistische Szene versuchen, ihre Alltagspräsenz zu erhöhen, indem sie sich Immobilien erschließt und anschließend als Veranstaltungsorte nutzt. Die von dort ausgehenden erhöhten rechtsextremistischen Aktivitäten münden nicht selten in Straf- und Gewalttaten.

Des Weiteren wurden bereits mehrere Kampagnen ins Leben gerufen, die dafür werben, sich mit der Familie im ländlichen Raum Sachsens niederzulassen, um dort gemeinsam und ganz im Sinne rechtsextremistischer Ideologie zu leben. Hierdurch wird die Möglichkeit subtiler Einflussnahme auf die lokale Bevölkerung geschaffen und eine lokale Hegemonie angestrebt.

Reichsbürger und Selbstverwalter

1. Entwicklungen

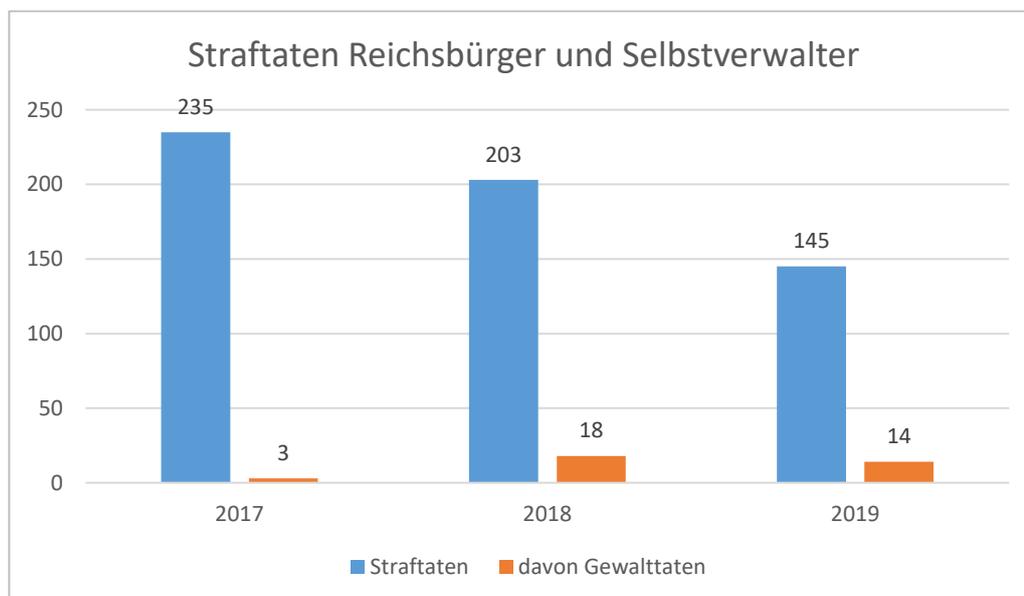
Die heterogene Szene der REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER lehnt die Existenz der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Institutionen und ihres Rechtssystems ab. Folglich sprechen sie den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation ab oder negieren die geltende Rechtsordnung. Daneben gibt es auch Personen, die sich als SELBSTVERWALTER bezeichnen und aus anderen Gründen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnen. Typisch für sie sind z. B. selbst erklärte „Austritte“ aus der Bundesrepublik Deutschland, verbunden mit der Erklärung der administrativen und rechtlichen Autonomie. So definieren SELBSTVERWALTER z. B. ihr Grundstück oder ihr Haus als souveränes Staatsgebiet und markieren es durch eine (Grenz-) Linie. REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER sind seit dem 1. Dezember 2016 ein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen. Auch wenn Ähnlichkeiten mit Argumentationsmustern von Rechtsextremisten bestehen, ist nicht jeder REICHSBÜRGER ODER SELBSTVERWALTER ein Rechtsextremist. Mit Blick auf den vorhandenen

Geschichtsrevisionismus werden aber bestimmte szenübergreifende Ideologiebestandteile sichtbar, wie Antisemitismus, Antiamerikanismus oder Nationalismus. Die Szene zeichnet sich mitunter auch durch eine hohe Waffenaffinität aus. Sie trat in den vergangenen Jahren vor allem mit (gewalttätigen) Aktionen gegen Polizeibeamte und Gerichtsvollzieher in Erscheinung.

Zur Szene zählten im Berichtsjahr rund 1.000 Personen (2018: 1.400). Zwar erfolgten auch weiterhin umfangreiche Erkenntnismitteilungen durch öffentliche Stellen an das LfV Sachsen. Da allerdings viele Personen bisher nur einmal als REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER in Erscheinung getreten sind, dürfen sie der Szene nach Ablauf einer bestimmten Frist aus rechtlichen Gründen nicht mehr zugerechnet werden. Der Anteil der Rechtsextremisten innerhalb dieses Spektrums betrug im Berichtsjahr rund sieben Prozent. Insgesamt 1,8 Prozent der REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER im Freistaat Sachsen besitzen waffenrechtliche Erlaubnisse. Bundesweit gehören dieser heterogenen Szene ca. 19.000 Personen an.

Insgesamt blieben ihre öffentlichen Aktivitäten im Freistaat Sachsen – außer jenen im Verkehr mit Behörden – im Berichtsjahr auf einem niedrigen Niveau. Vereinzelt wurden Flyer verteilt, auf denen die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland bestritten und stattdessen die Fremdsteuerung durch Besatzungsmächte propagiert wurde.

Mit 145 verzeichneten Straftaten – darunter 14 Gewalttaten – wurden 58 Straftaten weniger registriert als im Vorjahr (2018: 203 Straftaten, darunter 18 Gewalttaten). Die im Jahr 2019 begangenen Straftaten von Reichsbürgern und Selbstverwaltern wurden durch insgesamt 97 Beschuldigte begangen.



2. Entwicklungstendenzen

Künftig ist mit einer etwa gleichbleibenden – möglicherweise sogar weiter sinkenden – Anzahl der REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER zu rechnen. In „qualitativer“ Hinsicht ist innerhalb der Szene aufgrund behördlicher Maßnahmen jedoch eine deutliche Ausdifferenzierung zwischen Mitläufern und ideologisch überzeugten Szeneangehörigen festzustellen. Diese Entwicklung dürfte sich fortsetzen.

Das Straftatenniveau wird weiterhin niedrig bleiben. Gleichwohl können die Szene aufbringende Einzelfallkonstellationen das Risiko schwerer Gewalttaten mit sich bringen. Insbesondere die bundesweit festzustellende Waffenaffinität dieses Milieus spielt für die Bewertung von Gefährdungslagen eine zentrale Rolle. Behördenmitarbeiter, Gerichtsvollzieher und Polizeibeamte könnten hier in besonderem Maße betroffen sein.

Zu einem landesweit koordinierten Vorgehen von REICHSBÜRGERN UND SELBSTVERWALTERN dürfte es jedoch auch künftig nicht kommen. Dazu verfolgt diese heterogene Szene zu unterschiedliche Zielsetzungen. Darüber hinaus fehlen ihr eine gemeinsame Infrastruktur und charismatische Führungsfiguren.

Gleichwohl kann ein erhöhtes Gefährdungspotenzial von einzelnen verschwörungstheoretisch geprägten REICHSBÜRGERN UND SELBSTVERWALTERN ausgehen. Für diesen Personenkreis wiederum sind weitere Vernetzungsbestrebungen der sonst eher lose strukturierten Szene nicht auszuschließen. Diese Gruppen streben außerdem die Anlage von Vorräten und die Schaffung von „Rückzugsräumen“ (Immobilien) an. Dahinter steht die Erwartung des baldigen Zusammenbruchs der staatlichen Ordnung in Deutschland.

Linksextremismus

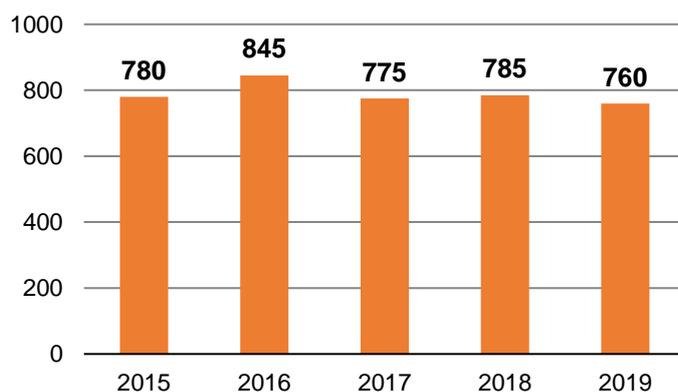
1. Entwicklungen

Im Berichtsjahr zählten ca. 760 Personen zu linksextremistischen Bestrebungen

(2018: ca. 785 Personen). Das Personenpotenzial der **AUTONOMEN** sank geringfügig. Sie stellten jedoch mit ca. 415 Personen (2018: 425) unverändert die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen und waren vor allem in Leipzig aktiv. Die Anhängerschaft der **ANARCHISTEN und sonstiger linksextremistischen Gruppierungen** nahm dagegen zu und lag im Berichtsjahr bei ca. 205 Personen (2018: 190). Diese Steigerung ist damit zu begründen, dass der **ROTE HILFE e. V.** Anhänger hinzugewinnen konnte (470 Mitglieder; 2018: 450), wobei es sich hierbei nach wie vor auch um Mehrfachmitgliedschaften handelt. Die Gesamtzahl der Mitglieder **orthodoxer linksextremistischer Parteien und Organisationen** sank auf ca. 140 Personen

(2018: ca. 170). Dies lag vor allem an der für junge Menschen nur wenig attraktiven straffen Parteidisziplin und der strengen ideologisch-dogmatischen Ausrichtung. Die meisten Linksextremisten sind in den Großstädten Dresden und Leipzig aktiv, wobei die Messestadt insbesondere auch im Berichtsjahr neben Berlin und Hamburg einen Spitzenplatz bezüglich des Aktions-, Mobilisierungs- und Gewaltniveaus der Szene eingenommen hat.

Anzahl der Linksextremisten im Freistaat Sachsen (Bund: 2019: 33.500 Personen)



Aktivitäten

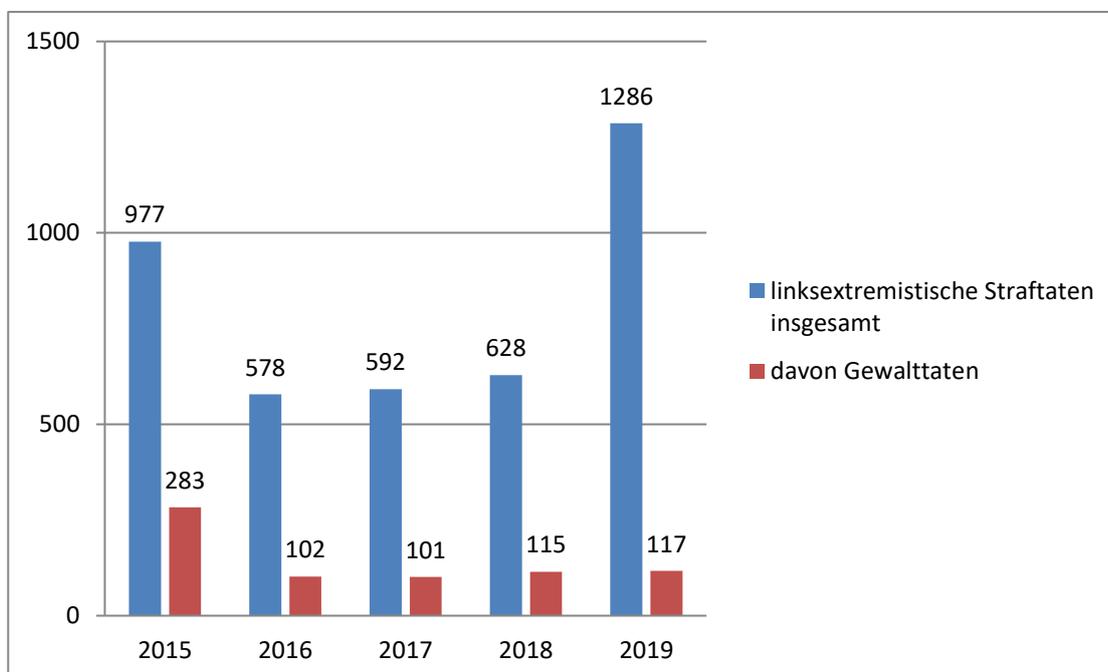
Im Berichtsjahr stieg das öffentliche Aktionsniveau der Leipziger **AUTONOMEN** erneut an (2019: 47 Aktionen; 2018: 40). Damit fanden im Berichtsjahr über 44 Prozent aller öffentlichen Aktionen von **AUTONOMEN** in Sachsen in Leipzig statt. Der im Vorjahr begonnene Trend setzte sich demzufolge fort. Erklärbar ist dies u.a. damit, dass der politische Gegner wieder mehr Präsenz zeigte. Außerdem beteiligte sich die Szene an Stadtteildemonstrationen zu den Themen Antirepression, Antifaschismus und Gentrifizierung. Zwar gingen die

klandestinen⁶ Aktionen in Leipzig um etwa 21 Prozent zurück (2019: 41 Aktionen; 2018: 52), jedoch nahmen sie im zweiten Halbjahr vor allem im Themenfeld Gentrifizierung an Aggressivität deutlich zu. Diese Angriffe richteten sich in erster Linie gegen Immobilienfirmen, die mit der Sanierung von Häusern und der damit verbundenen Aufwertung von Stadtteilen betraut waren. Da zumeist Baumaschinen in Brand gesetzt wurden, wurden regelmäßig hohe Sachschäden verursacht. Im Berichtsjahr kam es zu einer Eskalation der Gewalt. Zum einen waren Sachschäden in Millionenhöhe zu verzeichnen, zum anderen kam es erstmals zum Einsatz von gezielter Gewalt gegen eine in der Immobilienbranche tätige Person. Die AUTONOMEN nehmen in Leipzig inzwischen auch Personenschäden billigend in Kauf. Insgesamt trugen sich damit über 62 Prozent der klandestinen Aktionen der linksextremistischen Szene im Freistaat Sachsen in Leipzig zu.

Politisch motivierte Kriminalität – Links

Die Gesamtzahl der linksextremistischen Straftaten im Freistaat Sachsen hat sich im Berichtsjahr mehr als verdoppelt (2019: 1.286/2018: 628), während sich die 117 Gewalttaten quantitativ auf Vorjahresniveau befanden. Sie machten damit einen Anteil von etwa neun Prozent an allen Straftaten aus. Im Vorjahr waren es noch 18 Prozent.

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



⁶ Im Schutze der Anonymität und unter Wahrung eines hohen Konspirationsgrades führen Kleingruppen Aktionen zum Schaden des politische Gegners bzw. gegen Einrichtungen des „Repressionsapparates“ durch.

2. Entwicklungstendenzen

Die für das Berichtsjahr prägenden Entwicklungen im Bereich Linksextremismus, wie der Anstieg des öffentlichen Aktionsniveaus, die wachsende Gewaltbereitschaft in Teilen insbesondere der Leipziger Szene und das anhaltend hohe Niveau klandestiner Aktionen in den sächsischen Großstädten werden auch künftig bestimmend für das Handeln der linksextremistischen Szene in Sachsen sein. Dies gilt ebenfalls für die Konzentration der politischen Arbeit auf die Themenfelder Antifaschismus, Antirepression und Antigentrifizierung.

Auffällig im Berichtsjahr war das hohe Niveau mutmaßlich linksextremistisch motivierter Straftaten, die sich nicht allein auf die urbanen Zentren beschränkten. Eine wesentliche Ursache für den Anstieg war der Kampf gegen den politischen Gegner (insb. die AfD) im Rahmen der Kommunal-, Europa- und Landtagswahlkämpfe.

Abhängig von der politischen Ereignislage wird zudem der Kampf gegen den politischen Gegner weiterhin viele Szeneangehörige der autonomen Antifa mobilisieren können. Die autonome Szene hat in der Vergangenheit gezeigt, dass sie bei Aufzügen, Übergriffen und Anschlägen durch Rechtsextremisten bzw. -terroristen schnell mit Protestaktionen reagieren und dabei auf bundesweite Unterstützungsnetzwerke zurückgreifen kann. Dementsprechend wird es von der öffentlichen Präsenz des politischen Gegners in Sachsen abhängen, wie häufig und in welcher Größenordnung AUTONOME sich an Protestveranstaltungen gegen den politischen Gegner beteiligen. Da sie zum Teil auch vor militanten Aktionen nicht zurückschrecken, ist auch weiter mit gewalttätigen Übergriffen auf vermeintliche oder tatsächliche Rechtsextremisten im Umfeld von Demonstrationen bzw. bei Aktivitäten dieser in „linken“ Szenevierteln zu rechnen.

Bestätigt hat sich im Berichtsjahr die herausgehobene Bedeutung der linksextremistischen Szene Leipzigs innerhalb des Freistaates Sachsen. Leipzig wird auch 2020 der Schwerpunkt linksextremistischer Gewalt bleiben, was sich zu Beginn des Jahres 2020 z. B. bei der Demonstration gegen das Verbot der auch von Linksextremisten genutzten Plattform „linksunten.indymedia.org“ schon andeutete. Die öffentliche Verwaltung, Immobilienfirmen sowie die Polizei stehen auch in diesem Jahr im Fokus linksextremistischer Straftäter. Dabei kam es erneut zu Anschlägen auf Baufahrzeuge, Baustelleneinrichtungen oder Objekte staatlicher Einrichtungen, die hohe Sachschäden verursachten. Teile der Szene zeigen insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem Feindbild Polizei bzw. mit nach ihrer Lesart „Kiezeindringlingen“ jeglicher Art eine deutlich erhöhte Aggressivität insbesondere in den von der Szene beanspruchten „eigenen“ Vierteln wie beispielsweise Connewitz in Leipzig. Der Einsatz massiver Gewalt und die gezielte Provokation von Polizeibeamten bleiben für einige Szeneangehörige zentrale Mittel, um das Gewaltmonopol des Staates mit jeder Aktion in Frage zu stellen.

Zu erwarten ist, dass aufgrund derartiger Konflikte auch Debatten innerhalb der Szene über die Vermittelbarkeit und Zielgerichtetheit von Gewalt eine Fortsetzung finden werden. Die bereits länger sichtbare Kluft zwischen den

verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Szene hat sich darüber offenbar weiter vertieft und bleibt bestehen. Diese Feststellung geht allerdings bisher nicht mit einer gebremsten Handlungsfähigkeit einher. Das Aktivitätsniveau sowie die Intensität der Aktionen bleiben davon unberührt.

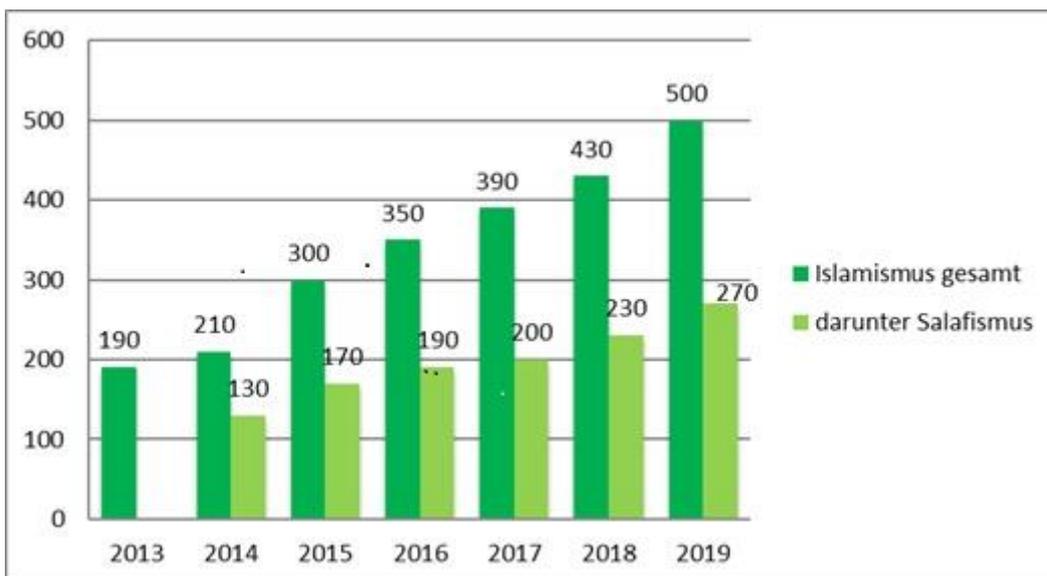
Islamismus

1. Entwicklungen

Wie in den Vorjahren bewegt sich das islamistische Personenpotenzial im Bundesvergleich auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Die gemäßigte Steigerung auf etwa 500 Personen (darunter 270 Salafisten; 2018: 430/darunter 230 Salafisten) ist auf ein generell gestiegenes Erkenntnisaufkommen sowie auf eine verstärkte Aufklärungstätigkeit in diesem Bereich zurückzuführen. Diese wiederum geht auf eine intensiviertere Vernetzung im Sicherheitsverbund zurück.

Auch das salafistische Personenpotenzial als Teilmenge des islamistischen Personenpotenzials bewegt sich im Freistaat Sachsen auf vergleichsweise geringem Niveau. Es umfasst sowohl politische wie jihadistische Salafisten⁷. Gleiches gilt auch für den Bereich der legalistischen Islamisten, deren Anteil am islamistischen Personenpotenzial bei 230 Personen liegt und im Vergleich zum Vorjahr um 30 Personen angestiegen ist.

Anzahl der Islamisten im Freistaat Sachsen (Bund: 28.020 Personen, darunter 12.150 Salafisten)



⁷ Die Sicherheitsbehörden unterscheiden grundsätzlich zwischen politischem und jihadistischem Salafismus. Während beide Strömungen auf der gleichen ideologischen Grundlage beruhen, unterscheiden sie sich bei der Wahl der Mittel, mit denen sie ihre Ziele verwirklichen wollen. Dennoch besitzen beide Ausprägungen eine immanente Gewaltorientierung.

2. Entwicklungstendenzen

Der bundesweite Trend eines steigenden Personenpotenzials im Bereich des legalistischen Islamismus dürfte sich auch in Sachsen fortsetzen, wenngleich möglicherweise nicht so expansiv wie im Berichtsjahr. Das gilt insbesondere für die hier bestehenden Strukturen der MUSLIMBRUDERSCHAFT. Dass diese sich auch im Berichtsjahr nicht verfestigen konnten, ist auch auf eine offensive Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz im Hinblick auf die „Wolf-im-Schafspelz“-Strategie legalistischer Islamisten zurückzuführen.

Schwerpunkt des politischen Salafismus wird weiterhin die Al-Rahman-Moschee in Leipzig bleiben. Der Imam dieser Einrichtung, Hassan DABBAGH, ist ein überregional bekannter Multiplikator des politischen Salafismus in Deutschland.

Terrororganisationen wie der IS und Al-Qaida werden weiterhin jede sich bietende Gelegenheit nutzen, um terroristische Gewalttaten durchzuführen bzw. autonome Kleingruppen oder Einzelpersonen hierzu zu animieren. In Europa besteht die fortwährende Gefahr islamistisch motivierter Einzeltäter, die versuchen, mittels leicht zu beschaffender und einzusetzender Tatmittel wie Hieb- und Stichwaffen sowie mit Fahrzeugen Anschläge zu verüben. Aber auch hochkomplexe und professionell vorbereitete Terroranschläge sind jederzeit denkbar. Im Zielspektrum liegen hierbei symbolhafte bzw. „weiche“ Anschlagssziele mit möglichst vielen Opfern. Es besteht daher auch künftig im gesamten Bundesgebiet eine anhaltend hohe abstrakte Gefährdungslage.

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug

1. Entwicklungen

In Sachsen konnten sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug aus dem Bereich der ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK), also dem linksextremistisch-separatistischen Bereich, festgestellt werden. Ihr Potenzial bewegt sich seit Jahren bei konstant ca. 160 Personen (bundesweit 14.500 PKK-Anhänger). Auch Mitglieder und Anhänger der Nachfolge- und Nebenorganisationen der PKK zählen darunter. Jedoch kann aufgrund des Mobilisierungspotenzials der PKK, das insbesondere abhängig von den politischen Entwicklungen in der Türkei ist, deren ständige Anhängerzahl deutlich überschreiten. Zu dem Kreis der Mobilisierten zählen regelmäßig auch Personen aus dem deutschen linksextremistischen Spektrum.

2. Entwicklungstendenzen

Folgende Faktoren bestimmten auch im Jahr 2019 maßgeblich die Aktivitäten der PKK in Deutschland und somit auch im Freistaat Sachsen:

- das Schicksal, insbesondere die Haftbedingungen, des in der Türkei inhaftierten Anführers Abdullah ÖCALAN,
- das militärische Vorgehen des türkischen Staates in den kurdischen Siedlungsgebieten,
- die repressiven Maßnahmen der türkischen Regierung gegen die PKK und ihr nahestehende Organisationen und Parteien.

Schwerpunkt der Aktivitäten in Deutschland und Europa sind dabei Demonstrationen und Kundgebungen. Daneben initiiert die Organisation regelmäßig Podiumsdiskussionen, Unterschriftenkampagnen, Hungerstreiks und Mahnwachen. Auf diese Weise gelingt es der PKK, ihre Anhängerschaft auch im Freistaat Sachsen in hohem Maße zu mobilisieren.

In Westeuropa ist die PKK jedoch seit langem bemüht, sich in der Öffentlichkeit als gewaltfreie Befreiungsbewegung darzustellen. Sie verspricht sich davon, das ihr anhaftende Stigma einer Terrororganisation zu verlieren und so die Unterstützung demokratischer Kräfte zu gewinnen. Da sie in den letzten Jahren hierbei durchaus erkennbare Erfolge verbuchen konnte, dürften auch künftig keine gravierenden Abweichungen im Auftreten der Organisation zu erwarten sein.

Das Bestreben der PKK, sich auch in der Bundesrepublik Deutschland als friedliche Gruppierung darzustellen, zeigte sich beispielsweise in den mehrheitlich gewaltfreien Demonstrationen und Kundgebungen zur aktuellen Entwicklung in Rojava.

In Abhängigkeit von den Entwicklungen im türkisch-syrischen Grenzgebiet sind weitere Aktivitäten der PKK in Deutschland zu erwarten.

Zu berücksichtigen ist auch, dass die Haftbedingungen für Abdullah ÖCALAN von seinen Anhängern weltweit aufmerksam beobachtet werden. Schon bei vagen Anhaltspunkten für gesundheitliche Beeinträchtigungen oder sich verschlechternde Haftbedingungen ist die PKK in der Lage, in ganz Westeuropa aus dem Stand heraus tausende Anhänger zu mobilisieren.

Darüber hinaus ist seit einigen Jahren zu beobachten, dass sich linksextremistische Bestrebungen in Sachsen verstärkt mit Teil- und Nebenorganisationen der PKK solidarisieren. Diese Aktivitäten lassen darauf schließen, dass auch künftig mit strukturellen Allianzen zwischen deutschen und kurdischen Linksextremisten zu rechnen ist. In Teilen des deutschen Linksextremismus ist die Gewaltbereitschaft ein identitätsstiftender und prägnanter Bestandteil. Hiesige Mitglieder und Anhänger der PKK, deren öffentlichkeitswirksame Aktivitäten bislang gewaltfrei verliefen, könnten sich unter Umständen daran orientieren.

Die PKK befürwortet aber weiterhin auch Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Interessen in der Türkei. Zudem ist auch zukünftig damit zu rechnen, dass maßgeblich von der PKK beeinflusste Organisationen eine Umbenennung anstreben, um das Betätigungs- und Kennzeichnungsverbot zu umgehen.

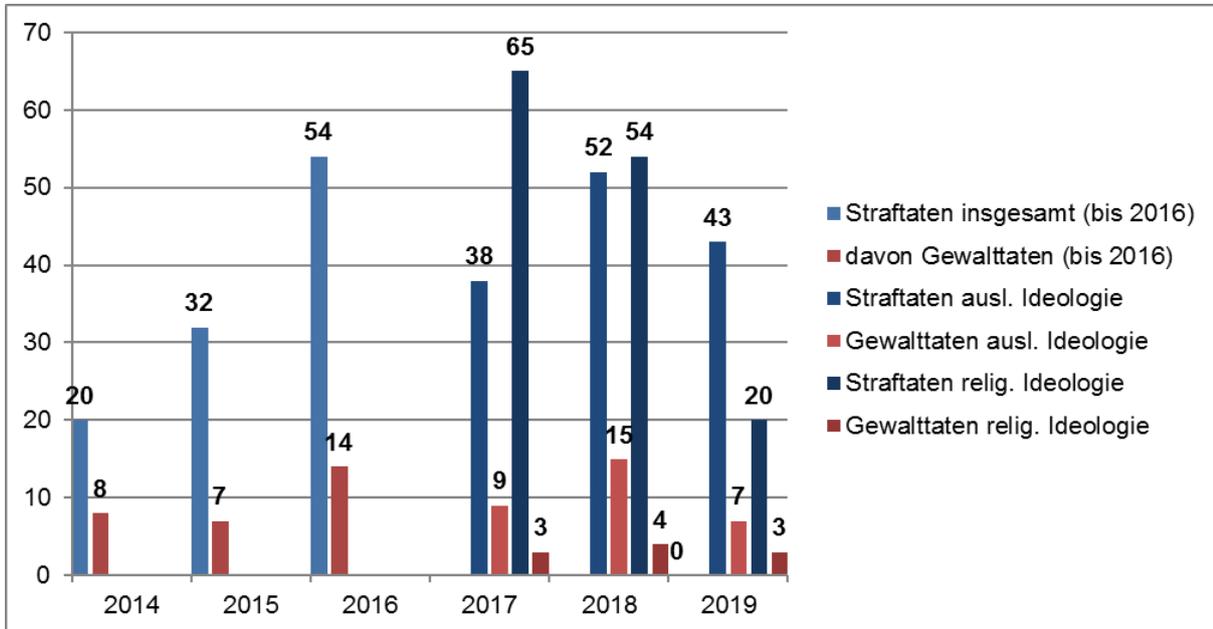
Politisch motivierte Kriminalität (PMK) – ausländische Ideologie und religiöse Ideologie

Die seit 2017 als „Politisch motivierte Kriminalität (PMK) – ausländische Ideologie und religiöse Ideologie“ bezeichnete Kriminalität ist im Vergleich zu den anderen Phänomenbereichen (Rechts- und Linksextremismus) weiterhin äußerst gering. Der Anteil dieser Fälle betrug im Jahr 2019 weniger als zwei Prozent des Gesamtaufkommens an extremistischen Straftaten mit politischem Hintergrund und verringerte sich somit im Vergleich zum Vorjahr.

So wurden im Jahr 2019 insgesamt 63 Straftaten festgestellt. Das sind rund 40 Prozent weniger als im Vorjahr (2018: 106 Straftaten). Die Anzahl der sich darunter befindenden Gewaltdelikte verringerte sich auf zehn (2018: 19).

Die regionalen Schwerpunkte lagen dabei wiederum in den größten sächsischen Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz.

Straftaten mit ausländerextremistischem bzw. islamistischem Hintergrund



Spionage

Die **russischen Nachrichtendienste** waren im Jahr 2019 weiterhin von großer Bedeutung für die russische Staatsführung. Ihre Bemühungen erstreckten sich sowohl auf gesellschaftliche und politische als auch auf wirtschaftliche und wissenschaftliche Bereiche. Sie waren flankiert durch den weiteren Ausbau einer flächendeckenden Kommunikations- und Internetüberwachung. Da die internationale Staatengemeinschaft weiterhin Druck auf die russische Außenpolitik (Krim-Besetzung, Ukraine-Konflikt, Engagement im Syrien-Konflikt) und die russische Wirtschaft ausübte, hielt die russische Seite an dem Versuch nachrichtendienstlicher Aufklärungsmaßnahmen fest. Aufklärungsziele waren politische Mandatsträger, Denkfabriken, Nichtregierungsorganisationen und Vereine mit Bezügen zu Russland oder anderen osteuropäischen Staaten. Zudem ging es darum, die angeschlagene russische Wirtschaft mit neuem Know-how zu versorgen, um das erklärte Ziel, bis zum Jahr 2024 zu den fünf größten Volkswirtschaften der Welt zu zählen, zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund war und ist der Freistaat Sachsen als Bestandteil der deutschen Politiklandschaft sowie als innovativer und leistungsstarker Forschungs- und Wirtschaftsstandort in Deutschland ein relevantes Ziel russischer Nachrichtendienste.

Die **Volksrepublik China** hat ihre Nachrichtendienste im Jahr 2019 weiter zur Informationsgewinnung in Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft, aber auch zur Unterstützung der Einflussnahme auf die deutsche Wirtschaft eingesetzt. Dabei ging es auch um die Umsetzung der zentralen industriepolitischen Strategie „Made in China 2025“, mit der die chinesische Regierung die Volksrepublik „zur globalen Anführerin der vierten industriellen Revolution“ machen will. Dafür standen innovative deutsche – auch sächsische – Unternehmen und Hochschuleinrichtungen mit ihren Spitzentechnologien im Blickfeld der Nachrichtendienste. Gleichzeitig intensivierte China den Ausbau einer flächendeckenden Kommunikations- und Internetüberwachung. Mitarbeiter der chinesischen Nachrichtendienste sind an den amtlichen oder halbamtlichen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland (sog. Legalresidenturen) präsent und oft als Diplomaten oder Journalisten getarnt. Ein weiterer nachrichtendienstlicher Schwerpunkt war das Ausspähen und die Unterwanderung von in Deutschland lebenden oppositionellen Kräften.

Auch die **Türkei und nahöstliche Staaten** führten im Berichtsjahr in Deutschland vor allem Maßnahmen gegen hier lebende Oppositionelle aus ihren Heimatländern durch. Sie stehen im Verdacht, auch im Freistaat Sachsen gegen Einwanderer und Flüchtlinge aktiv gewesen zu sein. Als Agenten kommen vor allem länger in Deutschland lebende Landsleute in Betracht.